

---

Hildegard Maria Nickel

## Weniger Chancen – weniger Zukunft? Frauen in der Erwerbsgesellschaft

---



*Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, geb. 1948 in Berlin, studierte Kulturwissenschaften und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, arbeitete von 1977 bis 1987 an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Abt. Bildungssoziologie, seit 1987 an der Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Soziologie; ist zurzeit wissenschaftliche Leiterin des Zentrums für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und Sprecherin der Sektion Frauenforschung der DGS.*

---

In meinem Beitrag werde ich den „doppelten Transformationsprozess“ in seinen Folgen für das Geschlechterverhältnis in den Blick nehmen. Das Ende der „Kohl-Regierung“ verbindet sich mit dem Ende der neunziger Jahre kaum noch zu übersehenden „Reformstau“ in der Bundesrepublik Deutschland. Das war zugleich auch der gesellschaftliche Hintergrund, auf dem sich zahlreiche Zukunftskommissionen<sup>1</sup> bildeten, die sich je nach politischer Couleur mit unterschiedlichen Reformkonzepten für eine Modernisierung Deutschlands einsetzten. Auffällig ist, dass bei der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands der Geschlechteraspekt nur eine marginale Rolle spielte<sup>2</sup>.

Zentrale These dieses Beitrages ist, dass die Erwerbsintegration von Frauen ein Maßstab für gesellschaftliche Modernisierung ist. An dieser Frage wird sich zeigen, ob in der Bundesrepublik Deutschland der Übergang in eine zivile Dienstleistungs- bzw. „Wissens-“Gesellschaft gelingt, die auf der Kreativität und Leistungsbereitschaft möglichst vieler Menschen beruht und die zugleich soziale Integration und Kohäsion beinhaltet. Mit anderen Worten, vor allem an der gesellschaftlich voraussetzungsvollen Erwerbsintegration von Frauen wird sich erweisen, ob der gesellschaftliche Umbruch auch ein emanzipatorischer Aufbruch ist. Eine geschlechtersensible gesellschaftliche Gestaltungsperspektive ist notwendig, wenn die mit der Industriegesellschaft verbundenen und durch das „Modell (West)Deutschland“ befestigten strukturellen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern überwunden werden

---

1 Dazu beispielsweise das Schwerpunktheft „Sozialwissenschaftliche Forschung und Politikberatung“, Berliner Journal für Soziologie 4/1999.

2 Siehe dazu Hildegard Maria Nickel, Frauen – Ein Appendix von Zukunftsmodellen?, in: Berliner Journal für Soziologie 4/99 und Hildegard Maria Nickel, Ist Zukunft feministisch gestaltbar? Geschlechterdifferenz(en) in der Transformation und der geschlechtsblinde Diskurs um Arbeit, in: Lenz/Nickel/Reigraf (Hrsg.), Geschlecht. Arbeit. Zukunft, Münster 2000.

sollen. Ostdeutsche Erfahrungen könnten in einem so verstandenen Modernisierungsprozess nicht nur anschlussfähig, sondern sogar von Vorteil sein.

### **Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Umbruch und ein geschlechtsblinder Zukunftsdiskurs**

Die westlichen Industrienationen befinden sich mitten in einem Umbauprozess, einem gesellschaftlichen Umbruch, der sämtliche Lebenssphären betrifft: die Arbeit, die Politik, die Familie, das Arrangement der Geschlechter.

In der Bundesrepublik ist dieser gesellschaftliche Transformationsprozess nicht nur schleppend vorangekommen, sondern seine Notwendigkeit ist lange ignoriert worden. Die Transformation ist als „nachholende Modernisierung“ zunächst Ostdeutschland auferlegt worden, mehr noch: Ostdeutsche „Modernisierungsrückstände“ galten vielen als Erklärung für „Modernisierungsblockaden“ im Westen.

Macht man das Geschlechterverhältnis zum Mittelpunkt der Betrachtung, zeigt sich schnell, dass es schon in der alten Bundesrepublik vor 1990 einen gravierenden Modernisierungsbedarf gab, der seit der deutschen Vereinigung nun Ost- und Westdeutschland betrifft: denn ein Problem von hohem gesellschaftlichen Belang - die Kompatibilität von Arbeit und Leben oder traditionell formuliert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter - ist bisher nur äußerst unzureichend gelöst.

Der gesellschaftliche Umbau ist durch den nicht nur in Deutschland zu bewältigenden Übergang von der national-staatlich regulierten Industrie- zur globalisierten Wissens- bzw. Dienstleistungsgesellschaft ausgelöst worden. Dieser breit verstandene gesellschaftliche Transformationsprozess wirft nicht nur greller Licht auf ein altes, in der Frauenforschung schon seit mehr als 20 Jahren diskutiertes Problem und lässt dabei neue Perspektiven und Konturen seiner Lösung erkennen, sondern er forciert den Problemdruck auf massive Weise. Das wird an der Erwerbsintegration von Frauen besonders deutlich.

In den Debatten diverser Zukunftskommissionen wurden diese Veränderungen der „Arbeitsgesellschaft“ nicht nur auf einen kontroversen Punkt gebracht, sondern sie mündeten in (arbeitsmarkt)politische Handlungsempfehlungen ein, die das Geschlechterverhältnis berühren. Das allerdings wird nicht offen gelegt<sup>3</sup>, so dass die Frauen betreffenden diskriminierenden Effekte einesteils zufällig, andernteils wie die Fortschreibung eines Naturgesetzes erscheinen.

Die CDU-nahe Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen geht in ihrem Bericht zum Beispiel davon aus, dass individuelle Sicht- und Verhaltensweisen, vor allem aber kollektive Leitbilder im Bereich von Erwerbsarbeit grundsätzlich verändert werden müssen, weil institutionelle Vorgaben einer „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ die Zukunftsfähigkeit Deutschlands gefährden: denn die große Mehrheit der Erwerbsbevölkerung erwartet, „dass Dritte – Arbeitgeber - ihre Arbeitskraft organisieren und vermarkten und ihr so ein Erwerbseinkommen verschaffen und der Staat sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und im Alter lebensstandardsichernd versorgt“<sup>4</sup>. Auf Grund des anhaltenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels - der unter ande-

---

3 Siehe Nickel, Appendix und Nickel, Zukunft.

4 Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen, Maßnahmen, Teil III, Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997.

rem in der Ersetzung von Erwerbsarbeit durch Wissen und Kapital bestehe - können Arbeitgeber und Staat diesen Erwartungen kaum noch entsprechen. „Deshalb müssen möglichst viele Erwerbspersonen mehr Eigenverantwortung für ihre Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge übernehmen ... das Leitbild der Zukunft ist der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft“<sup>5</sup>. Zukunftsempfehlungen lauten: Übergang in eine Wissensgesellschaft, und zwar durch unternehmerisch handelnde, schöpferische Menschen, die nur dann eine Chance haben, wenn sie entsprechend qualifiziert sind; Vermögensbildung breiter Bevölkerungsschichten statt wohlfahrtsstaatlicher Leistungen; Existenzgründungen statt arbeitnehmerischer Risikovermeidung; Wettbewerb und Privatisierung staatlicher Unternehmen und öffentlicher Leistungen statt kommunaler Verantwortung.

Anders die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung; hier ist (Erwerbs)Arbeit ein Grundwert und die Verantwortung des Staates zu dessen Sicherung wird ausdrücklich betont: „Der Anspruch, an der gesellschaftlich nützlichen Arbeit sowie an der Erwerbsarbeit beteiligt zu sein, kann in der Marktwirtschaft, die auf einer demokratischen Gesellschaft beruht, als ein demokratisches Grundrecht formuliert werden“<sup>6</sup>. In der verfestigten Massenarbeitslosigkeit muss demzufolge eine ernsthafte Bedrohung der demokratischen Lebensform gesehen werden und um der Demokratie willen sei es eine zentrale Zukunftsaufgabe, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Zukunftsempfehlungen lauten: Reform und Erneuerung des „Modell Deutschland“, das auf einer dynamischen Ökonomie, einem korporativen Politiksystem, einem Sozialstaat mit breiter Sicherungswirkung und „Vollbeschäftigung“ basiert, die zugleich - und nicht zuletzt zeige sich hier die Reformnotwendigkeit - geschlechtshierarchisch strukturiert ist: Das männliche Normalarbeitsverhältnis bedingt weibliche Familien- und Hausarbeit, das „Ernährermodell“ die „Versorgerehe“. Die Hoffnung, dieses Modell, das sich über einen langen Zeitraum bewährt hatte, reformieren zu können, konzentriert sich beschäftigungsseitig auf zwei Bereiche: einerseits auf Optionen, die sich mit der Verbesserung der Humanressourcen und der Innovationsfähigkeit vor allem im High-Tech-Bereich erschließen lassen, andererseits auf Ressourcen des Niedriglohnssektors.

Mit dem Begriff der Arbeitsgesellschaft, der von einigen Sozialwissenschaftlern im Zuge der Diskussion um ihre Krise bereits über Bord geworfen wurde, verbindet sich - so die Argumentation der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung - bis heute das Wissen, dass Erwerbsarbeit in der Industriegesellschaft zur zentralen Instanz geworden ist, die über Lebenschancen entscheidet. Materieller Status und gesellschaftliches Prestige einer Person hängen von ihrer Erwerbsposition ab, mehr noch: auch soziale Rechte und politische Bürgerrechte sind an Erwerbsarbeit zurückgebunden. Diese Einschätzung der Kommission trifft sich mit den Wertvorstellungen der meisten ostdeutschen Frauen, denn 95 Prozent von ihnen ist Erwerbsarbeit wichtig, und zwar genau aus diesen Gründen.

Doch just in dem Augenblick - wie sich unter anderem im Bericht für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen zeigt -, wo Frauen in Ost und West zunehmend nach diesem Zauberstab greifen, wird der Wert und die Bedeutung von Erwerbsarbeit demonstriert. Oder Frauenerwerbsarbeit wird je nach Interessenlage instrumentalisiert: In der tagespolitischen Debatte stilisieren die einen Frauen zur neuen Leitfigur von Arbeit, die „Lebensunternehmerin“ repräsentiere die Zukunft schlechthin, denn Frauen seien in jeder Hinsicht besser

---

5 Kommission für Zukunftsfragen Bayern und Sachsen.

6 Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele - Ein Weg, Bonn 1998, S. 229.

auf das nachindustrielle Zeitalter vorbereitet, sie hätten besser als Männer gelernt, mehrere soziale Funktionen miteinander zu verbinden und das „Tätigkeiten-Portfolio“ zu verwalten. Für andere ist Frauenerwerbsarbeit, wenn nicht Verursacher, so doch gravierender Verstärker der Krise der Arbeitsgesellschaft<sup>7</sup>.

### **Humankapital-Entwicklung und Niedriglohnssektor: Perspektiven für Frauen?**

In ihren beschäftigungspolitischen Projekten hat sich die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung<sup>8</sup> auf ausgewählte Reformmodelle beschränkt, einerseits auf die zwar Massenarbeitslosigkeit nicht kompensierende, aber doch arbeitsmarktbelebende Verbesserung der Innovationsfähigkeit im High-Tech-Bereich, vor allem durch die Stärkung von Humanressourcen; andererseits auf Überlegungen zur Erwerbsintegration der das Gros der (Langzeit)Arbeitslosen ausmachenden Gruppe der Niedrigqualifizierten. Die Geschlechterdimension blieb dabei gänzlich unberücksichtigt. Wird sie eingeführt und auf die Analyse der Reformmodelle angewendet, so zeigt sich, dass die Chancen und Risiken für die Erwerbsintegration von Frauen und Männern weiterhin asymmetrisch verteilt zu bleiben scheinen, mehr noch, es zeigt sich, dass die geschlechtssensible Gestaltungsperspektive eine unabdingbare Voraussetzung ist, wenn der Teufelskreis der sozial folgenreichen Ungleichverteilung von Arbeit zwischen Frauen und Männern tatsächlich zugunsten von mehr Geschlechterdemokratie durchbrochen werden soll.

### **Sektoraler Wirtschaftswandel und Upgrading<sup>9</sup>**

Die Wirtschaftsstruktur in den Industrieländern verschiebt sich immer stärker zugunsten des Dienstleistungssektors. Das gilt auch für Deutschland. Vor allem wissensintensive Dienstleistungsunternehmen sind auf dem Vormarsch. Dort findet schon mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen - vornehmlich Männer - Beschäftigung. Die Wissensintensität von Beschäftigung nimmt zu. Die Anzahl qualifizierter Beschäftigter weitet sich erheblich schneller aus als die Beschäftigung insgesamt; Arbeitsplätze mit hohen Anforderungen an das Qualifikationsniveau werden seltener abgebaut. Der Einsatz neuer Technologien verringert primär die Nachfrage nach gering Qualifizierten, sie sind die eigentlichen Verlierer des technologischen Strukturwandels.

Die Anhebung des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus und die verstärkte Entwicklung zur Wissensarbeit sind mit der Gefahr einer zunehmenden Segmentierung auf dem Arbeitsmarkt verbunden. Zwischen Beschäftigtengruppen, die in den Zentren hoch qualifizierter Tätigkeiten beschäftigt sind, und jenen, die gering- oder unqualifizierten Tätigkeiten nachgehen, könnten sich soziale Polarisierungen vertiefen. In dem Maße, in dem sich der Wissensverschleiß beschleunigt, drohen zudem diejenigen, die für längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausscheiden (müssen), insgesamt von der Beschäftigungsentwicklung abge-

---

7 Reinhard Kreckel, Makrosoziologische Überlegungen zum Kampf um Normal- und Teilzeitarbeit im Geschlechterverhältnis, in: Berliner Journal für Soziologie 5/1995, S. 489-495.

8 Als Mitglied der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung distanzieren ich mich hier nicht etwa von dem gemeinsam erarbeiteten Bericht, sondern ergänze ihn aus einer geschlechtersoziologischen Perspektive.

9 Hier beziehe ich mich auf den Bericht der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 166ff.

schnitten zu werden. Denn die permanente Anpassung an neue Qualifikationserfordernisse oberhalb allgemeiner Grundqualifikation vollzieht sich im Rahmen von Erwerbsverhältnissen. Was das für Frauen bedeutet, wenn das nicht durch entsprechende Rahmenbedingungen abgestützt wird, lässt sich leicht antizipieren. Frauen haben zwar mittlerweile bildungsmäßig deutlich aufgeholt und in Deutschland überwiegen seit 1997 Studienanfängerinnen an den Universitäten. Der Indikator Bildung ist allerdings kein sicherer Schutz gegen die beschäftigungspolitische Benachteiligung von Frauen. Frauen sind nicht nur insgesamt, sondern auch als qualifizierte bzw. hoch qualifizierte Frauen mehr als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen, und sie sind häufiger beruflich unterwertig sowie instabil eingesetzt<sup>10</sup>. Frauen sind aus Gründen, die nicht in erster Linie subjektiv zu erklären, sondern vor allem gesellschaftlich bedingt sind, beruflich „einseitig orientiert“<sup>11</sup>. Sie konzentrieren sich auf Soziales, Bildung, Kultur und Geisteswissenschaften. Von den im Reformprojekt der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung beschworenen Zukunftstechnologien profitieren sie beschäftigungsseitig bisher nicht, denn der berufliche Hochschulnachwuchs von Frauen nimmt hier im Augenblick sogar wieder ab statt zu. Galt das Studienfach Informatik beispielsweise zunächst als Entwicklungschance für Frauen (1979 lag der Anteil der Informatikstudentinnen in Westdeutschland bei 19 Prozent), erlahmte ihr Interesse ab Mitte der achtziger Jahre; zu Beginn der neunziger Jahre lag der Frauenanteil bereits unter 15 Prozent, an einzelnen Universitäten beträgt der Erstsemester-Anteil von Studentinnen derzeit nur 5 Prozent<sup>12</sup>. Während Frauen also bildungsmäßig formal aufgeholt haben, bleiben sie zugleich auch aus Kernbereichen von Qualifikation und Erwerb ausgeschlossen.

Denn verdeckter Maßstab der Entwicklung von Humankapital im High-Tech-Bereich ist der von Familien- und Hausarbeit entlastete, total verfügbare Berufsmensch, der als Einzelindividuum zwar auch weiblich sein darf, in der Regel aber „geschlechtslos“ und mithin männlich imaginiert wird. Geschlechterpolitisch gesehen geht das schon heute an realen Bedürfnissen und Interessen von Frauen und Männern vorbei. Dass ein solches „Reformmodell“ zukunftsfähig ist, muss bezweifelt werden, zumal international gesehen - zumindest scheint das zunehmend für die USA zu gelten - die Kreativitäts- und Leistungspotentiale, die aus einer Erwerbsintegration von Frauen im High-Tech-Bereich erwachsen könnten, längst als Ressource von Innovation und Wirtschaftlichkeit begriffen werden. Teilzeitarbeit, Jobsharing, Sabbaticals sind Arbeitszeitformen in High-Tech-Unternehmen - wie bei Hewlett-Packard beispielsweise -, die nicht bloß Zugeständnisse an das Vereinbarkeitsproblem von Frauen sind, sondern Gestaltungskonzepte, die auch den veränderten Lebenswirklichkeiten von Männern Rechnung tragen.

### **„Dienstleistungslücke“ und Geschlechterpolarisation**

In zwei beschäftigungspolitischen Fragen stimmen die Empfehlungen der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen nahezu überein: erstens in der Frage, Arbeitsplätze durch die Schließung einer vermeintlichen „Dienstleistungslücke“ in Deutschland zu schaffen; zweitens in der

---

10 Gudrun Trautwein-Kalms, Qualifizierte Frauen in neuen Arbeitsformen: Erfolge, Rollback – und neue Chancen?, in: Stolz-Willig/Veil (Hrsg.), Es rettet uns kein höh'eres Wesen... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Hamburg 1999, S. 45.

11 Trautwein-Kalms, Arbeitsformen, S. 45.

12 Trautwein-Kalms, Arbeitsformen, S. 46.

Frage der Preisregulation von Arbeit. Hier lautet die Empfehlung: Absenken des Preises der Arbeit auf dem Sektor der „einfachen Dienste“, damit Stimulieren der Nachfrage nach diesen Diensten und dadurch Schaffung von Arbeitsplätzen für Niedrigqualifizierte. Es hat zahlreiche Auseinandersetzungen mit diesen Empfehlungen gegeben, die sämtlich nahe legen, die tatsächlichen beschäftigungspolitischen Effekte solcher Maßnahmen eher skeptisch zu beurteilen<sup>13</sup>. Auf diese Kritik soll hier nicht weiter eingegangen werden, stattdessen soll auf den Genderbias dieser „geschlechtsblinden“ Empfehlungen hingewiesen werden. In beiden Kommissionen wird ein wesentlicher Aspekt in diesem Zusammenhang verschwiegen, das ist die Tatsache, dass es hier im Kern um den Ausbau von Frauenbeschäftigung im Niedriglohnsektor (und von Teilzeitjobs) geht - denn von welchen Diensten werden Beschäftigungseffekte erwartet? Es sind die „binnenabsatzorientierten Dienstleistungen“ im Handel, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, aber auch in öffentlichen Verwaltungen, und es sind die sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen.<sup>14</sup> Es geht also um Arbeitsplätze, die schon heute Frauendomänen sind, wie die Arbeit in Kinderkrippen und Kindergärten, wie die Betreuungsdienste für Alte und Pflegebedürftige, wie der Service in Krankenhäusern und Pflegeheimen usw. Es sind „niedrigproduktive“ Tätigkeiten, weil sie arbeitsintensiv sind, aber in den meisten Fällen sind es nicht „niedrigqualifizierte“, sondern (hoch) qualifizierte Tätigkeiten, die als solche aber oft unterbewertet und unterbezahlt sind, nicht zuletzt weil sie als weibliche Tätigkeitsfelder gelten.

Wenn die Zukunftsempfehlung lautet, Billiglöhne in diesen Feldern nicht nur fortzuschreiben, sondern über „Bürgergeld“ und Kombi-Löhne auch noch auszuweiten, ist das nicht mehr nur geschlechtsblind, sondern - im Klartext formuliert - frauenfeindlich. Ein solches Zukunftsmodell versucht, den asymmetrischen Geschlechtervertrag der Industriegesellschaft hinterrücks in die Zukunft zu verlängern, retten lässt er sich auf Dauer allerdings dadurch wohl kaum.

Hinzu tritt nämlich auch ein anderes, geschlechterpolitisch nicht zu unterschätzendes Moment, das mit dem säkularen Strukturwandel zu tun hat: Im Prozess der zunehmenden Tertiarisierung veränderten sich zugleich auch die gesellschaftlichen Zeitstrukturen (Ausdehnung der Zeit außerhalb der Arbeitssphäre, Abbau der gleichförmigen Zeitnormierung der Arbeitswoche, zeitliche Verlagerung von Dienstleistungsangeboten und -produktion in die arbeitsfreie Zeit etc.). Das gesellschaftliche Zeitregime ist immer weniger vom relativ starren Zeitrhythmus der industriellen Produktion geprägt, sondern unterliegt zunehmend dem flexibilisierten Zeitrhythmus der Dienstleistungsproduktion und -nachfrage. Einerseits orientiert es sich an der optimalen Organisation der betrieblichen Wertschöpfungskette der

---

13 Ralf Krämer, Drei Ziele - kein Weg - Neo-Sozialdemokratie. Kritik der Studie der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 3, Heft 101/1998, S. 10-14; Gerhard Bäcker, Niedriglöhne - der letzte Ausweg zur Eingrenzung der Arbeitslosigkeit?, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 3, Heft 101/1998, S. 25-31; Michael Wendl, Der Niedriglohnsektor, in: Joachim Bischoff/Christoph Lieber/Klaus Steinitz/Michael Wendl, Zukunftsstrategien? Zur Kritik neoliberaler und sozialdemokratischer Politikkonzeptionen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/1998, S. 21-36; Claus Offe/Susanne Fuchs, Wie schöpferisch ist die Zerstörung?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 1998, S. 295-300; Gerhard Bosch, Zukunft der Erwerbsarbeit - Zur Rolle von Bildung und Löhnen im internationalen Vergleich. Fachkongress Zukunft der Arbeit - Zukunft der beruflichen Bildung. Senatsverwaltung für Arbeit, berufliche Bildung für Frauen, Berlin, Juni/1999.

14 Dass die Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung in diesem Punkte widersprüchlich argumentiert und insgesamt beispielsweise dem Modernisierungszauber vom „schlanken Staat“ nicht verfallen ist, soll an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben werden. Gerade der Ausbau des Staates in der prosperierenden Ära der Bundesrepublik hat zu einer breiten Erwerbsintegration von Frauen geführt, seine blinde Verschlingung muss sich zwangsläufig insbesondere als Jobkiller für Frauenarbeitsplätze erweisen.

Dienstleister und ihren zeitlich-flexiblen Anforderungen, andererseits müssen sich Dienstleister in ihren Betriebszeiten zunehmend an dem durch die Vielfalt und Komplexität der Lebensstile flexibilisierten individuellen Zeitrhythmus ausrichten. Veränderte Arbeitszeitnormierungen tragen den gestiegenen Flexibilisierungsbedürfnissen zunehmend Rechnung und fordern schon heute den Familien ein hohes Maß an Anpassungsleistung ab. Werden Frauen weiterhin bloß als Schmiermittel dieser Veränderungen begriffen, zählt auch das reformierte „Modell Deutschland“ zum gesellschaftlichen Auslaufmodell. Sinkende Geburtenraten, steigende Scheidungsquoten, Zunahme von Single-Haushalten etc. sind Indikatoren, die unter anderem auch anzeigen, dass Grenzen der individuellen Belastbarkeit erreicht sind.

### **Das „Modell Deutschland“ und der Geschlechterkampf um Arbeit**

Es wäre zu einfach, für die vergangenen 20 Jahre - bezogen auf die alte Bundesrepublik bzw. für die vergangenen 10 Jahre bezogen auf das vereinte Deutschland - schlichtweg von einer rückwärts gewandten konservativen Frauenpolitik und Familienideologie zu sprechen. Die Bundesregierung hat bereits unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl die Illusion der „Wahlfreiheit“ zwischen Beruf und Familie genährt. Das Motto dieser Frauenpolitik war: Jede Frau kann frei wählen, wie sie ihr Leben gestaltet. Leitbild dieser Politik war bzw. ist der/die unabhängige Einzelne als Leistungsträger/in sowie die Familie als freiwillige Assoziation eben dieser Leistungsträger. Die Familie, die im Zuge des Ausbaus des deutschen Sozialstaates von ökonomischen Funktionen partiell entlastet worden war, erfuhr in den achtziger und neunziger Jahren „unter der Hand“ eine ökonomische Wiederaufwertung, so dass die Tendenz zur Zwei-Verdiener-Familie unter anderem deshalb steigen musste. Sozialrechtlich ist jedoch weiterhin ein Familienmodell normiert worden, das auf den klassischen Familienernährer mit Kinder versorgender Ehefrau setzt. Kinder- bzw. Altenbetreuung wird als weitgehend unentgeltliche Fürsorgeleistung betrachtet, Mütter bzw. Töchter und Schwiegertöchter sind in diesem Modell von ehelichen Unterhaltstransfers abhängige Personen<sup>15</sup> und die Erwerbsarbeit von Frauen wird zum „Zuverdienst“.

Einesteils ist also die Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen - auch für Männer - Grundlage für die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen in Westdeutschland, die auf diese Weise Haushaltseinkommen auszugleichen versuchen; andernteils hat die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen aber - wie insbesondere auch ostdeutsche Frauen aus Erfahrung wissen - nicht nur wirtschaftliche Gründe, sondern sie hängt auch mit veränderten Lebensentwürfen von Frauen zusammen.

Zu Beginn der neunziger Jahre wurde die spezifische Form, in der Frauen mit den gesellschaftlichen Anforderungsstrukturen konfrontiert werden, als „kontrollierte Individualisierung“ charakterisiert<sup>16</sup>. Damit wird - im Gegensatz zur dominanten, an der männlichen Normalbiographie orientierten „Arbeitsmarkt-Individualisierung“ - ein frauentypisches Individualisierungsmuster markiert, das auf der Grundlage der Trennung und gleichzeitigen Hierarchisierung von Erwerbsarbeit und privater Reproduktion widersprüchliche Handlungsoptionen eröffnet: „einerseits Autonomie im Sinne von Eigenständigkeit und Eigen-

15 Angelika Koch, Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Zum Gesetzesentwurf der rot-grünen Bundesregierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2000, S. 591.

16 Angelika Diezinger, Frauen, Arbeit und Individualisierung. Chancen und Risiken. Eine empirische Untersuchung anhand von Fallgeschichten, Opladen 1991.

verantwortlichkeit, andererseits ein Leben in persönlicher Abhängigkeit und persönlicher Verantwortung für andere. Diese beiden Prinzipien werden jeweils einem Lebensbereich zugeordnet. Erwerbstätigkeit wird dabei zum Bereich, in dem eher Selbstverwirklichung möglich scheint. Priorität hat jedoch die Verantwortung für die private Alltagsarbeit<sup>17</sup>.

Für Westdeutschland konnte im internationalen Vergleich ein „starkes Ernährer-Modell“ gezeigt werden<sup>18</sup>, und es wurde aus der Perspektive der Lebenslauf-forschung auf das Gendering insbesondere jener Institutionen hingewiesen, die den Erwachsenen-Status rahmen<sup>19</sup>. (Erwerbs)Arbeit und Familie (als zentrale gesellschaftliche „Institutionen“) produzieren dabei komplementäre vergeschlechtlichte Positionen im Sinne des männlichen - marktvermittelten und familiengetragenen - Familienernährers einerseits und der weiblichen – markt- und familiengeborenen - Familienerhalterin andererseits<sup>20</sup>. Demgegenüber konstatierten ostdeutsche Forscherinnen für die DDR und die „jungen“ Bundesländer die starke Erwerbszentrierung beider Geschlechter<sup>21</sup> und damit verbunden eine andere Organisation der „privaten“ Reproduktion durch entsprechende öffentliche Einrichtungen, Regelungen auf betrieblicher Ebene und in den persönlichen Arrangements. Damit ist die ungleiche geschlechtliche Arbeitsteilung im Bereich der Familienarbeit in Ostdeutschland zwar nicht aufgehoben, aber es existiert(e) doch ein anders geschnittenes Verhältnis zwischen öffentlicher Verantwortung und privaten Sorgepflichten. Auch heute stehen dem sich weiter ausdifferenzierenden - oft marktwirtschaftlich organisierten - personenbezogenen Dienstleistungsbereich in Westdeutschland im Osten Deutschlands noch eine größere Zahl öffentlicher Leistungsträger im Bereich der Kinderbetreuung gegenüber. Dies hat gravierende Folgen für die Verknüpfungsvarianten zwischen Erwerbs- und Reproduktionsbereich und damit auch für die konkreten Geschlechterarrangements.

Auf dem Hintergrund dieser „verschobenen“, versetzten und doch wechselseitig auch mit einander zusammenhängenden Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland hat es sich bewährt, die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse als „doppelte Transformation“<sup>22</sup> zu beschreiben. Damit ist auch gemeint, dass der ostdeutsche Transformationsprozess weder lediglich eine einfache Anpassung an westdeutsche Verhältnisse ist, noch er hinreichend verstanden ist, wenn nicht auch die gravierenden Strukturveränderungen in der Bundesrepublik, die lange vor der deutschen Vereinigung eingesetzt hatten, mitbedacht werden<sup>23</sup>. Während in den alten Bundesländern auf der Ebene der Lebenswelten und konkreten Arrangements das Modell des männlichen Familien-Ernährers und der weiblichen Familien-Erhalterin zwar institutionell dominant, aber in Erosion befindlich ist<sup>24</sup>, lässt sich für Ostdeutschland ein erodierendes Vereinbarkeitsmodell konstatieren, das von einer zunehmend

---

17 Diezinger, Frauen, S. 26.

18 Ilona Ostner, Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 36-37/1995.

19 Helga Krüger, Dominanzen im Geschlechterverhältnis: Zur Institutionalisierung von Lebensläufen, in: Regine Becker-Schmidt/Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.), Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften, Frankfurt a.M./New York 1995, S. 195-219.

20 Krüger, Dominanzen, S. 206.

21 Irene Dölling, Transformation und Biographien: „Selbstverständlichkeiten“ im biographischen Konzept junger ostdeutscher Frauen, in: Mechthild Oechsle/Birgit Geissler (Hrsg.), Die ungleiche Gleichheit, Opladen 1998, S. 151-162; Hildegard Maria Nickel, Frauen im Umbruch der Gesellschaft. Die zweifache Transformation in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 36-37/1995.

22 Nickel, Frauen im Umbruch der Gesellschaft.

23 H. M. Nickel/S. Völker/H. Hüning (Hrsg.), Transformation – Unternehmensreorganisation – Geschlechterforschung, Opladen 1999.

24 Krüger, Dominanzen.



prekären Normalität weiblicher Erwerbsarbeit getragen ist, und Familienarbeit den Frauen zuweist. Es fordert ostdeutschen Frauen gegenwärtig die individuelle Vereinbarung von Erwerbs- und Familienarbeit oft geradezu ab, stellt man die Einkommensverhältnisse in den neuen Bundesländern in Rechnung.

### **Wandlungsprozesse in Ostdeutschland**

Die häufigste Form privater Lebensführung in Ostdeutschland ist bis heute der Partnerschaftshaushalt mit zwei voll erwerbstätigen Erwerbspersonen. Die klassischen familienpolitischen Angebote, die auf private, individuelle Befriedung im Geschlechterarrangement zielen und das strukturelle Dilemma von Beruf und Familie zu lösen suchen, indem sie Frauen Ausstiegsoptionen aus dem Erwerbsprozess offerieren, erweisen sich als wenig kompatibel mit den tatsächlichen Lebensbedürfnissen und Lebensverhältnissen in Ostdeutschland.

Allerdings gibt es strukturbedingte Annäherungstendenzen: Während in Westdeutschland die Erwerbsquote der Frauen stetig steigt, sinkt sie in Ostdeutschland kontinuierlich. Es zeigen sich mittlerweile gravierende, mit der Erwerbsintegration verbundene soziale Differenzierungen unter ostdeutschen Frauen, die einen ganz entscheidenden Einfluss auf die sozialen Lagen von Familien haben. Dabei hat die konkrete Familiensituation (Anzahl und Alter der Kinder), in der sich ostdeutsche Frauen gerade befinden, überraschenderweise wenig Erklärungskraft<sup>25</sup>. Nicht das Betreuungsdilemma - so gravierend es auch ist - ist das entscheidende Kriterium für die Verortung im Erwerbssystem, sondern die markante Differenzierungslinie ist das Qualifikationspotential der Frauen. Analysiert man beispielsweise die Erwerbskonstellation von Partnerschaftshaushalten in Ostdeutschland, so zeigt sich, dass die Erwerbsintegration von Männern relativ unabhängig von ihrer beruflichen Ausbildung ist, die von Frauen aber stark von ihrer Qualifikation abhängt. Es lässt sich eine qualifikationsspezifische Verdrängung von Frauen aus dem ostdeutschen Arbeitsmarkt konstatieren, die vornehmlich unter Frauen ausgetragen wird. Sie hat den Effekt, dass un- und angelernte Frauen und Frauen mit einem Facharbeiterabschluss die schlechtesten Karten im Verteilungskampf um Erwerbsarbeit haben, höher und hoch qualifizierte Frauen hingegen trotz schlechter Arbeitsmarktlage auch heute noch überwiegend in Haushalten leben, in denen beide Partner voll erwerbstätig sind.<sup>26</sup>

### **Zukunft als politischer Gestaltungsauftrag**

Die Probleme des Übergangs in eine zivile Dienstleistungsgesellschaft sind nur zu bewältigen, wenn ein Prozess der „Produktion von Konsens“ in Gang kommt. Das ist keine leicht zu lösende Aufgabe und stellt auch neue Anforderungen an die Politikfähigkeit der Frauenbewegung. Die mit einer solchen Orientierung notwendig verbundenen Einkommens- und Investitionsumverteilungen verlangen soziale Aushandlungen, neue Formen zivil-gesellschaftlicher Kompromissuche und einen „Brückendiskurs“ (Fraser) zwischen den Geschlechtern.

---

25 Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung.

26 Arbeitsmarkt für Frauen, Sonderdruck aus den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Nr. 4/2000.

Eine Rückkehr zu einer einfachen Auflage des bekannten Musters der an das (männliche) Normalarbeitsverhältnis gebundenen Vollbeschäftigung der Nachkriegskonstellation wird es nicht mehr geben, Frauen haben daran ohnehin nur vermittelt partizipiert. Dennoch bleibt die modifizierte moderne Vollbeschäftigung eine zentrale strategische Aufgabe der Zukunft: Jedes Mitglied der Gesellschaft muss über ein selbsterwirtschaftetes und seine eigene Existenz sicherndes Einkommen verfügen können, ein Einkommen, das sich auf eine nützliche und öffentlich anerkannte Arbeit stützt.

Auch der Trend zur Verringerung der Arbeitsplätze im industriellen Sektor ist nicht umkehrbar. Relativ offen ist jedoch die Frage nach dem weiteren Tempo dieses Strukturwandels und nach seinen sozialen Kosten bzw. nach seinen Beschäftigungseffekten. Fehlentwicklungen sind unvermeidbar, bleibt der Strukturwandel weitgehend der marktradikalen Regulierung ausgesetzt. Demgegenüber wäre ein wirtschafts- und beschäftigungspolitisch geleiteter Ausbau des (insbesondere sozialkulturellen) Dienstleistungssektors zwar kein Königsweg, aber ein Weg neben anderen (Arbeitszeitverkürzung, Sabbaticals etc.), um zu einem neuen ökonomischen Fundament zu kommen, das Frauen und Männern eine eigenverantwortliche und nicht einfach nur alimentierte Lebensführung ermöglicht, und das zugleich erlaubt, die Systeme der sozialen Sicherung unter den Bedingungen einer insgesamt hohen Produktivität umzubauen. Mit anderen Worten: Öffentliche Mittel müssen gezielt für Realinvestitionen in Tätigkeitsfelder des gesellschaftlichen und individuellen Bedarfs verwendet werden (Bildung und Ausbildung, Kultur, Kinder- und Jugendarbeit, Fürsorge und Betreuung usw.), so dass Arbeitsplätze entstehen, und zwar nicht in erster Linie im Sinne des „Ehrenamts“, sondern der qualifizierten Erwerbsarbeit. Auf diese Weise würde zugleich auch der Tatsache Rechnung getragen, dass ein nicht nur auf Rendite und Produktion fußender Reproduktionsprozess gesamtgesellschaftlich zu gestalten ist.

Empirisch zeigt sich jedoch, dass die strukturellen Asymmetrien der bundesdeutschen Erwerbsgesellschaft eine „selbstregulative“ Tendenz haben, die nicht nur zum Ausschluss von Frauen, sondern auch zur Ausblendung gesellschaftlich notwendiger Reproduktionsarbeit führt. Diesem strukturellen Zwang der Verhältnisse ist nur mit politisch-institutioneller Gegensteuerung wirksam zu begegnen. Das „ganze Leben“ muss zunehmend zum Gegenstand kollektiver Interessenvertretung<sup>27</sup> werden bzw. es ist ein Weg des Neo-Korporatismus nötig<sup>28</sup>. Soziale Sicherheit kann in einem solchen Modernisierungskonzept nicht auf materielle Sicherheit begrenzt bleiben, sondern muss um die Sicherheit auf Teilhabe<sup>29</sup> erweitert werden. Dazu gehört die Möglichkeit, sich beruflich weiterzubilden und neu orientieren zu können. Dazu zählt auch, sich in bestimmten Lebensphasen der Familie bzw. den persönlichen Beziehungen zuwenden zu können, ohne damit zugleich auf Dauer „freigesetzt“ zu sein. Das ist nicht nur der einzige Weg, Frauen gleichberechtigt mitzunehmen, sondern zugleich auch die Voraussetzung, dass der Übergang in eine neue Produktivitätsphase („Wissensgesellschaft“, „zivile Dienstleistungsgesellschaft“) gelingt.

Exkludiert der Arbeitsmarkt hingegen Frauen zunehmend wieder, verschärft sich der verteilungspolitische (Geschlechter)Konflikt, denn die über männliche Erwerbsarbeit zu er-

---

27 H.-J. Pongratz/G. G. Voß, Vom Arbeitnehmer zum Arbeitskraftunternehmer – Zur Entgrenzung der Ware Arbeitskraft, in: Heiner Minssen, Begrenzte Entgrenzung. Wandlungen von Organisation und Arbeit, Berlin 2000, S. 225-247.

28 Ullrich Beck, Die Zukunft der Arbeit oder Die Politische Ökonomie der Unsicherheit, in: Berliner Journal für Soziologie 4/1999.

29 Gabriela Simon, Arbeit als Last und als Medium der persönlichen Entfaltung, Frankfurter Rundschau, 20. März 2000, S. 6.

zielenden Haushaltseinkommen sind weder ausreichend existenzsichernd für Familien noch stabil und verlässlich. Politischer Handlungsbedarf ist demnach nicht nur unter Gesichtspunkten von Geschlechterdemokratie und sozialer Gerechtigkeit gegeben, sondern geschlechtersensible Politikgestaltung ist zunehmend auch aus Gründen einer „positiven Wohlfahrt“ (Giddens) notwendig. Dass der „Turbokapitalismus“ nicht nur Krisenszenarios für Frauen bereithalten muss, ist verschiedentlich gezeigt worden<sup>30</sup>. Frauen - so ist auch in einer jüngsten Studie der Bundesanstalt für Arbeit zu lesen - gewinnen im bundesdeutschen Strukturwandel, gleichwohl fehlen derselben Studie zufolge im Jahr 2010 allein in den alten Bundesländern über 2 Mio. Arbeitsplätze für Frauen<sup>31</sup>.

---

30 Monika Goldmann, Globalisierungsprozesse und die Arbeit von Frauen im Dienstleistungsbereich, in: Altvater/Haug/Negt u.a. (Hrsg.), Turbo-Kapitalismus, Hamburg 1998; Herbert Oberbeck, Die Entwicklung der Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft, in: Altvater/Haug/Negt u.a. (Hrsg.), Turbo-Kapitalismus.

31 Arbeitsmarkt für Frauen, Sonderdruck aus den Amtlichen Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Nr. 4/2000, S. 394.